

Herrn  
Falk Ulbrich  
Schollstraße 14  
09123 Chemnitz

4. Februar 2016

Sehr geehrter Herr Ortsvorsteher Ulbrich,

ich bedanke mich für die Übersendung Ihrer Pressemitteilung, das offene und konstruktive Gespräch betreffend, das wir am Montag gemeinsam mit Ihren Ortsratskollegen Steffi Barthold und Walter Hähle in Berlin führen konnten.

Die Pressemitteilung möchte ich zum Anlass nehmen, um Ihre Darstellung aus meiner Sicht zu ergänzen:

- Mir ist zunächst wichtig nochmals klarzustellen, dass weder Steffi Barthold noch ich selbst, die Bürgerinnen und Bürger von Einsiedel jemals pauschal als Rechtsradikale und Nazis bezeichnet haben. Wenn Sie in der Chemnitzer Zeitung am 12. Dezember 2015 das Gegenteil behauptet haben, so bleibt das schlicht und ergreifend falsch. Wir sind uns vielmehr sicher, dass die weit überwiegende Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger von Einsiedel rechtsradikale, menschenverachtende und neonazistische Propaganda klar ablehnt. Kollektive Pauschalurteile sind nicht unsere Sache.
- In unserem Gespräch am Montag waren wir uns allerdings einig, dass in Einsiedel derzeit leider Rechtsradikale und Neonazis ihr Unwesen treiben, von denen einige aus dem Ort stammen, viele aber auch anreisen, um Einsiedel als Aufmarschplatz für rechtspopulistische Propaganda zu missbrauchen. Wir hatten festgehalten, dass es Aufgabe des Orsrates ist, dumpfer Fremdenfeindlichkeit gemeinsam entgegen zu treten. Es sind nicht die Demokratinnen und Demokaten, die den Ruf des Ortes bedrohen, sondern die rechten „Gröhlbacken“.
- Zu meiner Erleichterung waren wir uns im Gespräch am Montag einig, dass die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker der demokratischen Parteien in einer solchen Situation zusammenrücken müssen. Insbesondere Herr Hähle hatte mir ausdrücklich Recht gegeben, dass seine Fraktionskollegin Steffi Barthold Anspruch auf Solidarität hat, wenn sie Anfeindungen wegen ihres Engagements ausgesetzt ist. Hinter diesen Stand unserer Verabredungen vom letzten Montag sollten wir nicht zurückgehen.

- Davon unabhängig, trifft es zu, dass ich den Bürgerinnen und Bürgern in Einsiedel im Rahmen meiner Möglichkeiten gerne helfen will, für die Zeit nach der Flüchtlingsunterbringung eine tragfähige Nachnutzung des ehemaligen Pionierlagers auf die Beine zu stellen. Meine Rolle kann darin bestehen, beim sozialdemokratischen Teil der Sächsischen Staatsregierung „Türen zu öffnen“ und mehr Klarheit über die Fördermöglichkeiten des Bundes und der Europäischen Union zu schaffen. Dazu bin ich sehr gerne bereit und habe bereits erste Schritte in die Wege geleitet.

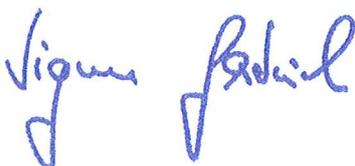
Unabhängig davon habe ich Ihnen versichert, dass die SPD in der Bundesregierung das Ziel verfolgt, die Zuwanderung von Geflüchteten im laufenden Jahr deutlich zu verringern. Denn wir werden keine gute Integration schaffen, wenn jedes Jahr eine Million Flüchtlinge zu uns kommen. Wir wollen die Reduktion mit drei Maßnahmen erreichen:

1. Verbesserung der Lebensbedingungen der Geflüchteten in den Nachbarstaaten Syriens. Die Not ist dort sehr groß, so dass immer mehr Familien ihr Heil in der Flucht suchen.
2. Eine effektive Sicherung der Außengrenzen Europas auch mit Hilfe der Türkei.
3. Übernahme durchaus großer Kontingente vor allem aus der Türkei. Wir müssen weg von der chaotischen Zuwanderung. Kontingente heißt: Wir wissen, wer kommt, wie viele kommen und wann. Vor allem ist es aber für die Flüchtlinge ein gesicherter Weg, auf dem sie nicht ihr Leben an Menschenhändler verkaufen müssen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Punkte in Ihrer Darstellung unseres Gespräches mit vertreten würden.

Ich wünsche Ihnen, Ihrem Ortsrat und den Bürgerinnen und Bürgern von Einsiedel alles Gute für die Zukunft und ein gutes Gelingen bei der Integration.

Mit freundlichen Grüßen



Sigmar Gabriel